

Österreichischer Naturschutzbund Landesgruppe Salzburg

Museumsplatz 2, A-5020 Salzburg

☎ (0662) 64 29 09, Fax 64 37 344

E-Mail: salzburg@naturschutzbund.at

Vorsitzender: Univ. Prof. Dr. Roman TÜRK

Geschäftsführer: Dr. Hannes AUGUSTIN



Ausgewählte Fragen zu Themen des Natur- und Umweltschutzes an wahlwerbende Parteien und deren Spitzenkandidaten/-kandidatin für die Bürgermeisterwahl bzw. die Wahl zum Salzburger Gemeinderat 2004

und die **Antworten** dazu von



Heinz Schaden
SPÖ



Karl Gollegger
ÖVP



Doris Tazi
FPÖ



Johann Padutsch
BÜRGERLISTE

A) Naturschutzarbeit in Salzburg

Naturschutzarbeit erfordert – neben einem vielfach ehrenamtlich erbrachten Einsatz - eine minimale organisatorische Grundausstattung und somit eine gewisse Basisförderung, die einerseits über einen bloßen Anerkennungsbeitrag hinausgeht und die andererseits nicht automatisch von Jahr zu Jahr schrumpfen darf.

1) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für eine angemessene höhere Unterstützung / Subvention für Natur- und Umweltschutzinitiativen ein?

Die Antworten:

SPÖ / Schaden:	?
ÖVP / Gollegger:	Ja
FPÖ / Tazi:	Ja
Bürgerliste / Padutsch:	Ja

Anmerkungen zu Frage 1)

Schaden: *Ich bitte um Verständnis, dass ich ohne vorherige Befassung und Prüfung keine Subventionszusagen an einzelne Institutionen mache.*

Gollegger: *Ich trete dafür ein, dass der Naturschutzbund entsprechend seinen Aufgaben gefördert wird. Noch lieber als eine generelle Förderung wäre mir aber z.B. die Einbindung des Naturschutzbundes in konkrete Projekte (z.B. die unter meiner Ressortverantwortung durchgeführte Re-Naturierung des Eschenbaches) und eine projektabhängige Förderung. Insofern kann ich mir eine höhere Unterstützung vorstellen und halte diese für angemessen.*

B) Natur- und Landschaftsschutz, Weltkulturerbe Salzburger Altstadt

2) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für eine Sicherung des verbliebenen „Grüngürtels“ um die Stadt Salzburg ein?

Die Antworten:

SPÖ / Schaden:	?
ÖVP / Gollegger:	Ja
FPÖ / Tazl:	Ja
Bürgerliste / Padutsch:	Ja

Anmerkungen zu Frage 2)

Schaden: Die Stadtlandschaften müssen unangetastet bleiben! Über Flächen, die in der Grünland-Deklaration und im Grüngürtel „Fremdkörper“ sind und darüber hinaus etwa für Betriebsansiedlungen dringend benötigt werden (insbesondere etwa im Gewerbegebiet Kasern und entlang der Autobahn) müssen ohne Aufregung und konstruktiv diskutiert werden können.

Gollegger: Ja! Wir bekennen uns zur Aufrechterhaltung der Deklaration „Geschütztes Grünland“. Das habe ich auch mit meiner Unterschrift bestätigt. Der Grüngürtel um die Stadt ist ein wesentlicher Bestandteil der Stadtlandschaft oder wie es Professor Hans Sedlmayer gesagt hat: „Salzburg darf keine Stadt ohne Landschaft werden.“ Darüber hinaus existieren in der Stadt Salzburg rund 200 ha, das sind zwei Millionen m² an Baulandreserven (860.000m² für Wohnen, 1,140 000 m² Gewerbe), damit kann auf mehr als Zehn Jahre der Wohn- und Wirtschaftsbedarf abgedeckt werden.

3) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für einen verstärkten Baumschutz durch Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen sowie durch allfällige gesetzliche Änderungen ein?

Die Antworten:

SPÖ / Schaden:	?
ÖVP / Gollegger:	Nein (z. T. Ja)
FPÖ / Tazl:	Ja
Bürgerliste / Padutsch:	Ja

Anmerkungen zu Frage 3)

Schaden: Die Baumschutzbestimmungen in Salzburg sind (zu Recht) ohnehin sehr streng. Fällungen sollten wirklich nur die Ausnahme darstellen. Gesetzesänderungen liegen nicht in der Kompetenz der Stadt.

Gollegger: Der Baumschutz ist in der Baumschutzverordnung der Stadt Salzburg ausreichend geregelt. Dazu bekenne ich mich. Eine Verschärfung dieser Bestimmung wäre nicht zielführend und würde wohl auch nur einen erhöhten Verwaltungsaufwand produzieren. Zum Baumschutz muss ich feststellen, dass durch die Stadt eine Vielzahl an Baumpflegemaßnahmen gesetzt wird. Besonders wichtig erscheint mir aber auch eine ständige Nachbesserung und Verjüngung des Bestandes.

4) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für einen neuen Mönchsberglift (an geschützter Mönchsbergwand; bei vorhandenen, neu renovierten Innenliften) ein?

Die Antworten:

SPÖ / Schaden:	Nein – keine Aktualität
ÖVP / Gollegger:	Ja – zur Zeit nicht aktuell
FPÖ / Tazl:	Nein
Bürgerliste / Padutsch:	Ja - nicht besonders wichtig

Anmerkungen zu Frage 4)

Schaden: *Der in Diskussion stehende Mönchsberglift ist kein Projekt der Stadt. Es ist darüber auch nicht politisch zu entscheiden. Ich sehe derzeit keine Aktualität.*

Gollegger: *Der Mönchsberglift ist ein faszinierendes Projekt. Der Bedarf wird aber durch den bestehenden Lift im Berginneren ausreichend abgedeckt. Das Thema ist für mich zur Zeit daher nicht aktuell.*

Padutsch: *Ja - nicht besonders wichtig*

5) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für ein Museum im Berg (im Landschaftsschutzgebiet, Rodung erforderlich) ein?

Die Antworten:

SPÖ / Schaden:	Ja
ÖVP / Gollegger:	Ja
FPÖ / Tazl:	Nein
Bürgerliste / Padutsch:	Ja

Anmerkungen zu Frage 5)

Schaden: *Ich halte dieses Projekt für eine faszinierende Idee. Mangels eines Betreibers ist es derzeit allerdings nicht aktuell.*

Gollegger: *Ich bin ein Verfechter eines Kunstzentrums am und im Berg, also nach wie vor dafür. Diese Option müssen wir uns für die Zukunft auf jeden Fall offen halten. Ich denke, dass der Nutzen eines solchen Kunstzentrums für die Stadt in jedem Fall überwiegt. Die dafür erforderlichen Rodungsarbeiten würden, da das Museum im Berg überwiegend unterirdisch angelegt ist, nur eine sehr geringe Fläche betreffen, auf der sich auch kein Altbaumbestand befindet.*

Padutsch: *Nur an dieser Stelle realistisch, durch international bekannte Museen betrieben und „bespielt“, besonders bedeutend für Erweiterung Image „Kulturhauptstadt“, Rodungen schmerzhaft, aber auf „Sunk“ – relativ kleine Fläche beschränkt.*

6) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für den höchst umstrittenen Kapuzinerbergtunnel („City-Tunnel“) ein?

Die Antworten:

SPÖ / Schaden:	Ja (insbesondere zu Garage), Nein (Finanzierung)
ÖVP / Gollegger:	Ja
FPÖ / Tazl:	Nein
Bürgerliste / Padutsch:	Nein

Anmerkungen zu Frage 6)

Schaden: *Meine Position dazu ist bekannt. Ich würde mir von der Busgarage eine Verbesserung für den Bustourismus und eine Halbierung der Busfahrten erwarten. Eine Garage benötigt auch eine Zufahrt. Derzeit wird vom Land die Machbarkeit geprüft. Zugleich wurde uns mitgeteilt, dass es in diesem Jahrzehnt sicher kein Geld geben wird. Die Stadt müsste dieses Bundesstrassenprojekt selber finanzieren. Und das wird von mir entschieden abgelehnt.*

Gollegger: *Wir bekennen uns zur eingeleiteten Prüfung des Tunnelprojektes in Verbindung mit der Busgarage. Nach den jetzt vorliegenden Analysen soll bei einer Umsetzung des Tunnels der Verkehr nicht zunehmen. Entsprechend dem im Gemeinderat gefassten Beschluss soll das Projekt unter Berücksichtigung der verkehrlichen und städtebaulichen Rahmenbedingungen konkretisiert und weiter entwickelt werden. Die Ergebnisse dieser Detailprüfung sind danach einem moderierten Planungsprozess mit den betroffenen Anrainern zu unterziehen, um das Gesamtprojekt zu optimieren. Sollte nach Vorliegen der Untersuchungen – wider Erwarten - eine Zunahme des Verkehrs zu befürchten sein, werden wir von dem Projekt Abstand nehmen.*

Padutsch: *Dammbruch für „autogerechte“ Verkehrspolitik*

7) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für eine verstärkte Bekanntmachung und Umsetzung der Ziele der Alpenkonvention in Salzburg ein?

Die Antworten:

SPÖ / Schaden:	Ja
ÖVP / Gollegger:	Ja
FPÖ / Tazl:	Ja
Bürgerliste / Padutsch:	Ja

Anmerkungen zu Frage 7)

Schaden: *Ja. Dieses wichtige Dokument genießt nicht die notwendige öffentliche Beachtung. Als internationaler Vertrag ist die Alpenkonvention geltendes Recht in Österreich und damit auch in Salzburg. Die Stadt Salzburg setzt Schritte im Sinne der Alpenkonvention: Radwegebau, Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, Tempo 30-Zonen etc.*

Gollegger: *Durch den Verkehr wird die Umwelt in hohem Maß belastet. Da der erste Schritt zum effektiven Umweltschutz eine entsprechende Bewusstseinsbildung ist, muss die Alpenkonvention der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.*

C) Umweltschutz

8) Die gesundheitlichen Auswirkungen elektromagnetischer Felder haben einen hohen Stellenwert in der öffentlichen Diskussion. Speziell Anwohner von Mobilfunksendeanlagen berichten über verschiedene Störungen des Wohlbefindens u. der Gesundheit.

- a) Werden Sie / Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass elektrosmogempfindliche Menschen ernst genommen werden und allfällige Zusammenhänge mit Risikofaktoren einer Klärung zugeführt werden?

Die Antworten:

SPÖ / Schaden:	Ja ?
ÖVP / Gollegger:	Ja ?
FPÖ / Tazl:	Ja
Bürgerliste / Padutsch:	Ja

Anmerkungen zu Frage 8a)

Schaden: Ich darf die Teile a) bis c) in einem beantworten, da sie zusammenhängen. In all diesen Punkten geht es darum, für beide Seiten, sowohl für die Betreiber von Sendeanlagen, als auch die betroffene Bevölkerung, Rechtssicherheit durch österreichweit einheitliche Grenzwerte zu schaffen. Ich habe mich mehrmals an den Bund mit dem dringenden Ersuchen gewandt, sich dieses Problems anzunehmen. Auf kommunaler Ebene wird es keine Lösung geben können.

Gollegger: Meine Fraktion und ich haben die Bedenken der Betroffenen immer ernst genommen. Leider sind die gesetzlichen Bestimmungen so abgefasst, dass ausschließlich gestalterische Aspekte bei der rechtlichen Beurteilung von Mobilfunkanlagen Berücksichtigung finden dürfen. Eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen und damit einhergehend die Berücksichtigung der so genannten „Salzburger Vorsorgewerte“ ist daher dringend erforderlich.

Padutsch: Ja – seit Jahren an vorderster Front

- b) Werden Sie / Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass auch bei Mobilfunk und Elektrosmog das Vorsorgeprinzip und das Prinzip der vernünftigen Vermeidung angewandt wird?

Die Antworten:

SPÖ / Schaden:	Ja ?
ÖVP / Gollegger:	Ja ?
FPÖ / Tazl:	Ja
Bürgerliste / Padutsch:	Ja

Anmerkungen zu Frage 8b)

Schaden: Ich darf die Teile a) bis c) in einem beantworten, da sie zusammenhängen. In all diesen Punkten geht es darum, für beide Seiten, sowohl für die Betreiber von Sendeanlagen, als auch die betroffene Bevölkerung, Rechtssicherheit durch österreichweit einheitliche Grenzwerte zu schaffen. Ich habe mich mehrmals an den Bund mit dem dringenden Ersuchen gewandt, sich dieses Problems anzunehmen. Auf kommunaler Ebene wird es keine Lösung geben können.

Gollegger: Meine Fraktion und ich haben die Bedenken der Betroffenen immer ernst genommen. Leider sind die gesetzlichen Bestimmungen so abgefasst, dass ausschließlich gestalterische Aspekte bei der rechtlichen Beurteilung von Mobilfunkanlagen Berücksichtigung finden dürfen. Eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen und damit einhergehend die Berücksichtigung der so genannten „Salzburger Vorsorgewerte“ ist daher dringend erforderlich.

Padutsch: Ja – seit Jahren an vorderster Front

- c) Werden Sie / Ihre Partei sich für Grenzwerte bei Mobilfunksendeanlagen, die auch Langzeiteffekte im nichtthermischen Bereich umfassen und dem Vorsorgeprinzip entsprechen (Salzburger Vorsorgewert 0,01 mW / m² [Summe GSM Außen]), auf Bundesebene einsetzen?

Die Antworten:

SPÖ / Schaden:	Ja?
ÖVP / Gollegger:	Ja
FPÖ / Tazl:	Ja
Bürgerliste / Padutsch:	Ja

Anmerkungen zu Frage 8c)

Schaden: Ich darf die Teile a) bis c) in einem beantworten, da sie zusammenhängen. In all diesen Punkten geht es darum, für beide Seiten, sowohl für die Betreiber von Sendeanlagen, als auch die betroffene Bevölkerung, Rechtssicherheit durch österreichweit einheitliche Grenzwerte zu schaffen. Ich habe mich mehrmals an den Bund mit dem dringenden Ersuchen gewandt, sich dieses Problems anzunehmen. Auf kommunaler Ebene wird es keine Lösung geben können.

Gollegger: Meine Fraktion und ich haben die Bedenken der Betroffenen immer ernst genommen. Leider sind die gesetzlichen Bestimmungen so abgefasst, dass ausschließlich gestalterische Aspekte bei der rechtlichen Beurteilung von Mobilfunkanlagen Berücksichtigung finden dürfen. Eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen und damit einhergehend die Berücksichtigung der so genannten „Salzburger Vorsorgewerte“ ist daher dringend erforderlich.

Padutsch: Ja – seit Jahren an vorderster Front

- 9) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für eine ökologisch orientierte Energiepolitik ein, und zwar

- a) für verstärkte Initiativen zugunsten Energieeinsparung und effiziente Nutzung ?

Die Antworten:

SPÖ / Schaden:	Ja
ÖVP / Gollegger:	Ja
FPÖ / Tazl:	Ja
Bürgerliste / Padutsch:	Ja

Anmerkungen zu Frage 9a)

Schaden: Ja. Die Stadt selbst hat bei eigenen Bauvorhaben viel in diesem Bereich getan und wurde mehrfach dafür ausgezeichnet.

Gollegger: Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass die Stadt Salzburg für öffentliche Bauten bereits seit längerem entsprechende ökologische Kriterien einhält bzw. einfordert, die streng am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert sind. Weiters achtet die in meinem Ressort befindliche Baubehörde streng darauf, dass bei Bauten ein zeitgemäßer Standard hinsichtlich Energienutzung (z.B. Wärmepumpen, Solartechnik usw.) bzw. Vermeidung unnötigen Energieverlustes (Isolierung) eingehalten wird.

Padutsch: Ja – Überlebensfrage

b) für eine Reduktion des Atomstromanteils der Salzburg AG ?

Die Antworten:

SPÖ / Schaden:	?
ÖVP / Gollegger:	Ja
FPÖ / Tazl:	Ja
Bürgerliste / Padutsch:	Ja

Anmerkungen zu Frage 9b)

Schaden: Die Salzburg AG legt größten Wert darauf, keinen Atomstrom zu verkaufen. Es wird in der Diskussion immer übergangen, dass wir in Salzburg den meisten Strom aus erneuerbaren Energiereserven beziehen – der Wasserkraft!

Gollegger: Ich bin für eine Reduktion des Atomstromes, da ich persönlich das mit der Nutzung der Kernenergie verbundene Risiko für unverträglich erachte. Es muss aber klar darauf hingewiesen werden, dass entsprechende Maßnahmen zur alternativen Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen unbedingt erforderlich erscheinen (z.B. lässt sich durch eine Effizienzsteigerung bei bestehenden Wasserkraftwerken eine wesentliche Verbesserung erzielen). Im Rahmen meiner Vorstands-Tätigkeit bei der Salzburg AG habe ich mich in diesem Sinn eingesetzt.

c) für den verstärkten Einsatz von erneuerbarer Energie (Biomasse, Biogas, Solarkollektoren, Fotovoltaik, ...) in der Stadt Salzburg ?

Die Antworten:

SPÖ / Schaden:	Ja
ÖVP / Gollegger:	Ja
FPÖ / Tazl:	Ja
Bürgerliste / Padutsch:	Ja

Anmerkungen zu Frage 9c)

Schaden: Grundsätzlich natürlich ja. Es stellt sich dabei immer die Frage der ökologisch und ökonomisch sinnvollen Einsatzmöglichkeiten. Das neue Kongresshaus etwa wurde mit einer Photovoltaik-Anlage ausgestattet, der Einbau von Solaranlagen wird aus meinem Ressort seit Jahren gefördert.

Gollegger: Ich verweise diesbezüglich auf die bereits getroffenen Ausführungen und möchte beispielhaft darauf verweisen, dass das unter meiner Federführung errichtete Kongresshaus über eine zeitgemäße und hochmoderne Photovoltaikanlage verfügt.

Padutsch: Ja – seit Jahren an vorderster Front

Danke für die Mühe!

P.S. Die zusammengefassten Antworten mussten zum Teil – so die Fragen nicht mit einem klaren Ja oder Nein beantwortet wurden - unsererseits aus den eingelangten Stellungnahmen (Anmerkungen) abgeleitet werden.